

Schengener Abkommen weiterhin umstritten

Forum hatte schon über die Bedenken der Menschenrechtsorganisationen sowie des niederländischen Verfassungsrats gegenüber dem Schengener Abkommen berichtet (vgl. "forum", Nr. 125 und 128-129/1991). Nunmehr hat die Regierung in Den Haag unter dem Druck der Mehrheitsparteien (Christ-Demokraten und Sozialisten) beschlossen, bei den andern acht Unterzeichnerstaaten um Neuverhandlungen nachzusuchen. In einem Zusatzprotokoll sollen drei Punkte präzisiert werden: Es soll eine Gerichtsinstanz im Vertrag vorgesehen werden, die vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg ausgeübt würde. Insbesondere wegen der in jedem Land unterschiedlichen Auslegung des Asylrechts wäre eine solche Rechtsprechungsinstanz von höchster Bedeutung. Zweitens sollen die Entscheidungen des im Vertrag eingesetzten Exekutivkomitees zwei Monate vor Inkrafttreten veröffentlicht werden müssen, damit Nationalparlamente gegebenenfalls darüber diskutieren können, denn die Ausführung des Schengener Abkommens ist im Gegensatz zu den EG-Verträgen nicht einmal theoretisch einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Drittens sollen Begriffe wie 'öffentliche Ordnung' und 'nationale Sicherheit' der EG-Rechtssprechung entsprechend interpretiert werden. Die niederländischen Parteien werfen damit fundamentale Fragen auf, die dadurch bedingt sind, daß das Schengener Abkommen nicht im Rahmen des EG-Rechtswerks abgeschlossen wurde und auch nicht der dort vorgesehenen parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Da auch in Luxemburg die Ratifizierungsdebatte demnächst anlaufen wird, bleibt zu hoffen, daß genügend Juristen und Menschenrechtler in der Abgeordnetenkammer sich dem niederländischen Wunsch anschließen werden.

m.p.

El Salvador: Je 30 Jahre Gefängnis für zwei Offiziere

Zwei Offiziere, Kolonel Guillermo Benavides und Leutnant Yussli Mendoza, wurden am 24.1.1992 für schuldig befunden, den Mord von sechs Jesuiten und zwei Frauen am 16.11.1989 konspirativ vorbereitet und mit ihrem aus regulären Soldaten zusammengesetzten Todesschwadron ausgeführt zu haben (vgl. "forum", Nr.

116/1989). Der Richter verurteilte beide zur Höchststrafe von 30 Jahren, während sieben weitere Angeklagte trotz Schuldgeständnis von den Geschworenen freigesprochen worden war. Benavides hatte als einziger im Prozeß jede Aussage verweigert. Vertreter des Jesuitenordens und der salvadorianischen Kirche zeigten sich enttäuscht, daß auf Druck der ultrarechten Regierung und der US-Botschaft das Gericht darauf verzichtet hatte, die politischen Drahtzieher des Massakers ausfindig zu machen. Nach der Urteilsverkündung meinte der Auxiliarbischhof von San Salvador, Mgr. Rosa Chavez, die verurteilten Offiziere würden wahrscheinlich von der im Rahmen des Anfang Januar geschlossenen Friedensabkommens zwischen Regierung und Guerilla-Bewegung ausgehandelten Amnestie profitieren; Versöhnung bedeute jedoch nicht vergessen und schon gar Verzicht auf die Wahrheitssuche.

m.p. (Orientierung Nr. 20/1991; Le Monde, 26-27/1/1992)

Zwei "grüne" Priester im belgischen Parlament

Jef Ulenburghs und Germain Dufour, katholische Geistliche, wurden als erste Priester in den belgischen Senat gewählt, und zwar für die Grünen. Der Flame Jef Ulenburghs setzt sich seit den 60er Jahren für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Bergarbeiter der Provinz Limburg ein. Der Wallone und Kapuzinerpater Dufour richtete in Lüttich ein Offenes Haus für Obdachlose und Jugendliche in Krisensituationen ein. Seitens seiner Diözese wurde Dufours neues Amt gebilligt, obwohl das Kirchenrecht Priestern das politische Mandat unter-

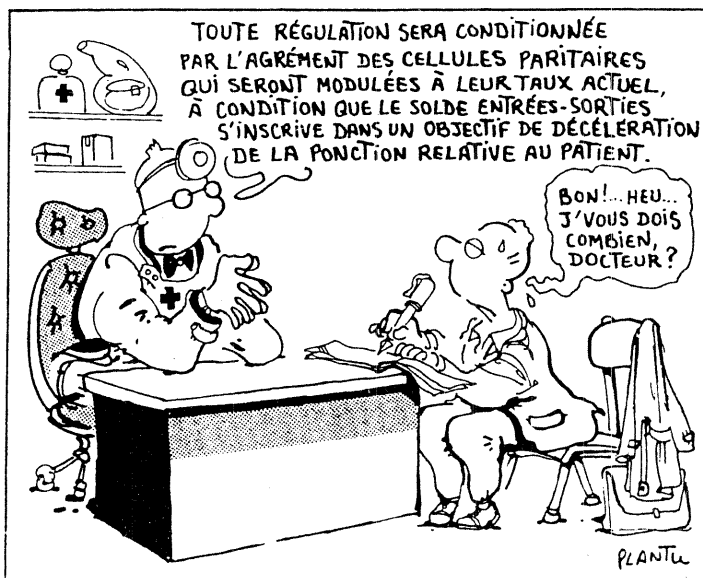
sagt. Dufours Ordensprovinzial: "Er ist in der Politik, um dort die Stimme der Besitzlosen vorzubringen, die sonst niemand verteidigt."

Publik-Forum, Nr. 2/31.1.1992

Paix fragile au Salvador

Au bout de 12 ans et de 75 000 Amorts la paix vient d'être signée entre le président salvadorien Alfredo Cristiani et les guérilleros du Front Farabundi Mart (FMLN). Les accords prévoient d'abord le désarmement de la guérilla en cinq étapes, entre le 1er février (date d'entrée en vigueur du cessez-le-feu) et le 31 octobre. La réduction de moitié des effectifs des forces armées doit se faire sur une période de deux ans. Cinq bataillons créés pour réprimer la rébellion seront démantelés. Les corps de sécurité dépendant de l'armée et les organisations paramilitaires seront dissous et remplacés par une nouvelle police, sous contrôle civil, dans laquelle les anciens guérilleros pourront entrer. L'ensemble du processus se déroulera sous la surveillance de 1 000 observateurs de l'ONU.

Mais aucun problème de fond n'est réglé au Salvador. La réaction du principal quotidien conservateur du pays, "Diario de Hoy", laisse présager des lendemains de paix qui déchantent: "Les bêtes qui rôdaient dehors sont désormais à l'intérieur de la maison", a-t-il commenté au lendemain de la signature des accords. "Nous avons neuf mois devant nous pour vérifier, avec la collaboration des Nations Unies, que les structures répressives sont effectivement démantelées. Après seulement nous remettons nos armes", prévient déjà le numéro un du



FMLN. Le plus difficile reste donc à faire: la réconciliation nationale.
in: Croissance, no 346/fevr. 1992

Norwegen: Zwangsurlaub für Männer

Norwegische Männer sollen einen obligatorischen Vaterschaftsurlaub bekommen. Diese Forderung hat die Gewerkschaft der im öffentlichen Dienst Beschäftigten erhoben. Da sofort lobende Zustimmung durch die Familienministerin Grete Berget erfolgte, ist davon auszugehen, daß die neue Regelung schon mit den diesjährigen Tarifverträgen geltendes Recht wird. Schon jetzt können norwegische Väter nach der Geburt eines Kindes Urlaub nehmen, allerdings geht er zu Lasten der Frau, deren Mutterschaftsurlaub wird dann entsprechend verrechnet. Eine Teilungsregelung, die recht ungenügend funktionierte. Nur etwa zwei Prozent der Männer teilten den Elternurlaub in den letzten Jahren so mit der Ehefrau auf.

Die neue Regelung, den Vater zu einem sechswöchigen Urlaub zu "zwingen", ist nach übereinstimmender Meinung von Gewerkschaften und Regierung notwendig, um die überkommenen Rollenverteilung zwischen den Eltern aufzubrechen und dem Vater ein Stück Verantwortung als "Hausmann" zuzuschieben. Einen solchen "positiven Druck" begrüßt auch Familienministerin Berget: "Der Anteil berufstätiger Frauen ist im letzten Jahrzehnt stark gestiegen, was aber nicht zu großen Veränderungen bei der Beteiligung der Männer in der Haus- und Kinderarbeit geführt hat." Norwegen plant außerdem eine Gesetzesinitiative, die es Eltern über die Elternurlaubsregelung hinaus ermöglichen soll, ab 1993 für ein Jahr "Kinderurlaub" zu nehmen, bei einer Lohnfortzahlung von 80% und einem garantiert offen gehaltenen Arbeitsplatz. Auch die gesetzlichen Möglichkeiten für eine reduzierte Arbeitszeit bis hin zu einer Zwei- bis Drei-Tage-Woche sollen geschaffen werden.

Reinhard Wolff, taz 11.2.92

Schweden streikt für seine Einwanderer

Mehrere hunderttausend Menschen legten am 21. Februar in Stockholm die Arbeit nieder und gingen auf die Straße, um gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit zu protestieren. Kirchenglocken läuteten Punkt 10 Uhr den einstündigen Solidaritätsstreik ein, zu dem 280 Verbände auf-



in: taz 4.3.92

gerufen hatten und der von der Regierung und allen politischen Parteien mit Ausnahme der rechtsradikalen "Neuen Demokratie" unterstützt wurde.

Die Aktion sollte ein Zeichen gegen die Eskalation der Gewalt gegen Ausländer setzen. Bei einer Serie von gezielten Schüssen auf Immigranten waren in den letzten Wochen zwei Menschen ums Leben gekommen. Drei ausländische Kinder waren in einem Stockholmer Vorort auf dem Schulweg beschossen worden. Angst, Wut, aber auch Hoffnung gab es bei den Demonstrantinnen und Demonstranten, die mit ihrer Aktion am 21. Februar ein Signal setzen wollten.

In Luxemburg wird es in nächster Zukunft keine solche Aktion geben. Unsere Gewerkschaften bereiten im Augenblick einen Generalstreik gegen die Krankenkassenreform vor.

nach taz vom 22.2.92

Mit Tempolimit leben

Auf den schleswig-holsteinischen Autobahnteilstrecken mit Tempolimit ist 1991 niemand ums Leben gekommen. Auf den Abschnitten mit freier Fahrt für freie Bürger gab es gleichzeitig 33 Todesopfer. Auf 77 der 453 Autobahnkilometer im nördlichsten Bundesland ist die Höchstgeschwindigkeit auf 100 und 120 Stun-

denkilometer beschränkt. Auf diesen Abschnitten sank auch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um ein Drittel, die Zahl der Schwerverletzten um 42% und die Zahl der Leichtverletzten um 45%.

nach taz vom 22.2.92

Amerikaner blockieren Klimakonvention für Rio

In New York haben sich die Unterhändler für die UNO-Klimakonvention bis Ende April vertagt. Die US-Regierung mauerte und ließ sich nicht auf eine Stabilisierung der klimagefährdenden Kohlendioxid-Emissionen festlegen. Einziger Fortschritt: Washington bewilligte erstmals den Ländern der Dritten Welt 75 Millionen Dollar zur Eindämmung des Treibhauseffektes. Auch wenn der Betrag gering ist, so hat mit diesem Angebot die USA erstmals anerkannt, daß dieses Problem überhaupt existiert. Bislang hatte die Bush-Administration den Standpunkt vertreten, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht ausreichen und neue Studien gefordert. Kürzlich war eine UN-Studie zum Ergebnis gekommen, daß die weltweiten Temperaturen bis 2100 massiv steigen könnten.

taz 29.2.92